

Zeitung zum 09. November

Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg - Nie wieder Antisemitismus

Pogromnacht 1938 in Tübingen

Schon im Januar 1928 wurde ein Anschlag auf die Tübinger Synagoge in der Gartenstraße verübt, wobei eines der großen Fenster mit schweren Steinen vollständig zertrümmert wurde. 1933 wurden 88 jüdische Einwohner*innen in der Stadt gezählt (0,4 % von insgesamt 23.257). Die Tübinger Studentenschaft war stark antijüdisch eingestellt. Am 7. Februar 1933 forderte der Allgemeine Studentenausschuss einen Professor auf, seinen jüdischen Assistenten durch „deutschen“ zu ersetzen. Durch die Folgen des wirtschaftlichen Boykotts, die zunehmende Entrechtung und die ständigen Repressalien verließ ein Teil des jüdischen Einwohner*innen bereits bis 1938 die Stadt.

In der Reichspogromnacht in der Nacht vom 09. auf den 10. November 1938 wurde die Tübinger Synagoge demoliert und niedergebrannt: Um Mitternacht plünderten zehn Männer – darunter der Bürgermeister und der NSDAP – Kreisleiter – und eine Frau die Synagoge und warfen die Torarollen in den Neckar. Zwischen drei und vier Uhr in der Frühe wurde die Synagoge auf Befehl des Kreisleiters in Brand gesteckt. Ein Nachbar eilte zu Hilfe und wollte die Feuerwehr alarmieren, wurde jedoch von SA-Männern daran gehindert. Die Feuerwehr traf erst verspätet ein und verhinderte nicht das völlige Ausbrennen der Synagoge. Erst am Morgen kamen Tübinger Bürger*innen, um sich die Ruinen anzusehen. Fünf Tübinger Juden wurden anschließend verhaftet und für mehrere Wochen nach Dachau verschleppt. Zwei starben später an den Folgen der Misshandlungen.

Die jüdische Gemeinde wurde 1939 aufgelöst, nachdem die verbliebenen Juden den Abriss ihrer zerstörten Synagoge selber bezahlen mussten. Viele von ihnen sahen sich aufgrund der zunehmenden faschistischen Verfolgung gezwungen zu emigrieren. Die verbliebenen jüdischen Einwohner

Tübingens deportierte die SS in das Ghetto Riga und nach Theresienstadt. Die Trümmer der Synagoge wurden von der Stadtverwaltung mit einem Gesamterlös von 86 RM als Baumaterial versteigert und der unbrauchbare Schutt im Neckarbett entsorgt. Der Platz wurde vom Bauamt planiert und dann von der Stadtgärtnerei bepflanzt. Nichts sollte mehr an die frühere Nutzung erinnern. Im Dezember 1940 wurde das Grundstück von der Stadt für 3.965 RM weit unter dem damaligen Wert gekauft.

1941 und 1942 wurden 14 der letzten jüdischen Einwohner*innen nach Riga, Izbica, Theresienstadt und Auschwitz deportiert.

1949 wurde der Kauf annulliert und das Grundstück, da die jüdische Gemeinde in Tübingen nicht mehr existierte, an die israelitische Kulturgemeinde Württemberg in Stuttgart zurückgegeben. Die Religionsgemeinschaft verkaufte das Grundstück an einen Tübinger Privatmann, um Finanzmittel zur Integration von jüdischen Überlebenden zu bekommen. Der neue Eigentümer baute in den 1950er Jahren ein Wohnhaus auf dem Grundstück.

Am 09. November 1978 wurde am sogenannten Lützelbrunnen auf dem Grundstück des

damaligen Oberbürgermeister der Stadt, Eugen Schmid, ein Gedenkstein eingeweiht. Am Brunnentrog wurde folgender Text eingemeißelt:

Hier stand die Synagoge der Tübinger jüdischen Gemeinde. Sie wurde in der Nacht vom 9./10. November 1938 wie viele andere in Deutschland niedergebrannt.

Da es große Kritik an dem Text gab, weil er, zu Recht, als Verharmlosung empfunden wurde, wurde ein zweiter Satz hinzugefügt:

Zum Gedenken an die Verfolgung und Ermordung jüdischer Mitbürger in den Jahren 1933 bis 1945.



Es gibt keinen Nationalen Sozialismus!

Heute wird, wenn über die deutsche Geschichte und die Zeit von 1933-1945 gesprochen wird, häufig die Bezeichnung des „Nationalsozialismus“ verwendet. Woher kommt das?

Am 31. Januar 1933 ernannte der Reichspräsident Paul von Hindenburg Hitler zum Reichskanzler und übertrug damit die Macht in der Weimarer Republik auf ihn und seine Partei NSDAP (Nationalsozialistische deutsche Arbeiter Partei). Der Begriff „Nationalsozialismus“ stellt also eine Eigenbezeichnung dar, die eine Wesensverwandheit mit dem Sozialismus vortäuschen soll. Mit ihr sollten Arbeiter*innen, also die Arbeiter*innenklasse, für die faschistische und antisemitische Ideologie der Partei zugänglich gemacht werden. Die kämpfende Arbeiter*innenbewegung der Nachkriegszeit des 1. Weltkriegs sollte in andere Bahnen gelenkt werden. Anstatt für die eigenen Interessen (soziale Gerechtigkeit, gute Arbeitsbedingungen, Gleichstellung von Mann und Frau etc.) zu kämpfen, wurden Feindbilder kreiert, die von diesem Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise ablenken sollten. Es ging als mitnichten um die Befreiung der Arbeiter*innenklasse aus der Unterdrückung. Nein, es ging darum eben jene zu festigen und zu erhalten. Der Begriff des Sozialismus als Übergangsphase zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus wurde und wird also missbräuchlich verwendet und letztendlich in sein Gegenteil verkehrt.

Die ideologischen Grundlagen der Partei sind also an anderer Stelle zu suchen. Im 25-Punkte – Programm heißt es, *„Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein“* Und weiter: *„Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.“* Antisemitismus und Blut- und Boden- Ideologie sind immanente Teile ebenso wie die Expansion des „deutschen Reiches“. Menschen aus anderen Ländern sollen nicht die gleichen Rechte genießen dürfen wie die „Deutschen“. (*„Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muss unter Fremden-Gesetzgebung stehen“*), mehr noch, sie sollten das Land verlassen (*„Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, dass alle Nicht-Deutschen (...) sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden“*). Ebenso wird ein allgemeiner Arbeitszwang propagiert und die Abschaffung einer Grundsicherung für Arbeitslose gefordert (*„Erste Pflicht jeden Staatsbürgers zu schaffen (...) Daher fordern wir: Abschaffung des arbeits- und mühelosen Entkommens.“*)

Die Partei steht ideologisch auf den Grundfesten des Faschismus: die imperialistische Ausweitung des Lebensraumes für das eigene Volk, die chauvinistische Unterdrückung von Arbeits- und Mittellosen, die rassistische Unterdrückung von Migrant*innen und ein offen aggressiver Antisemitismus. Wenn überhaupt, so vertritt sie einen völkischen Antikapitalismus bei dem der Gegner im Fremdkapital ausländischer Unternehmen und nicht in der kapitalistischen Produktionsweise an sich gesucht wird (deutsches als schaffendes, ausländisches als raffendes Kapital). Anders formuliert: Als Deutscher sollte man nur von Deutschen ausgebeutet werden dürfen. Im Vergleich zu sozialistischen Ideen und Idealen geht es hier also eben nicht um die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise an sich; ganz im Gegenteil geht es darum, das nationale Kapital, ohne Rücksicht auf die Arbeiter*innenklasse, maximal zu stärken.

Es kann also nicht die Rede von einer (national)sozialistischen Partei sein, die NSDAP muss ganz klar als faschistisch bezeichnet werden.

Von den in Tübingen geborenen und/oder längere Zeit am Ort wohnhaften jüdischen Personensind in der NS-Zeit umgekommen:

(Angaben nach Listen von Yad Vashem, Jerusalem und den Angaben des „Gedenkbuches – Opfer der Verfolgung der Juden unter der faschistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945)

**Julie Babette Berger geb. Dessauer,
Lina Bloch geb. Liebmann,
Werner Dahl,
Erich Dessauer,
Ernst Nathan Dessauer,
Walter Alexander Edel,
Anne Erlanger geb. Dessauer,
Fritz Erlanger,
Terese Erlanger,
Heinz Feigenheimer,
Margarete Frank geb. Dahl,
Arthur Hirsch,
Elisabeth Klara Lammfromm,
Elsa Laupheimer geb. Katz,
Kläre (Käte) Levi geb. Abel,
Cäcilie Lewinsohn,
Rudolph (Raphael) Löwenstein,
Ilse Löwenstein geb. Bloch,
Max Löwenstein,
Sophia Löwenstein geb. Liebmann,
Blanda Marx geb. Schwarz,
Marga Marx geb. Rosenfeld,
Ruth Marx,
Mina Mayer geb. Weil,
Dr. Albert Pagel,
Charlotte Pagel,
Ilse Plotke geb. Levy,
Philippine Reinauer,
Sofie Reinauer,
Charlotte Schemel geb. Pagel,
Selma Schäfer geb. Seemann,
Julius Berthold Spier,
Elfriede Spiro,
Hans Spiro,
Hermann Stettiner,
Klara Wallensteiner geb. Reichenbach,
Carl Weil,
Sofia Weil geb. Mayer,
Josef Wochenmark,
Bella Wochenmark geb. Freudenthal,
Karl Wolff,
Alexius Ziegler.**

Pogrome gestern und heute – was tun?!

Die Verbrechen, die in der Reichspogromnacht begangen wurden sind bis heute unvergleichlich; und trotzdem hat sich grundsätzlichen Bereitschaft Menschen, die nicht ins eigene Weltbild passen zu Hetzen und zu jagen, wenig geändert. Besonders tragisch zeigte sich dies Anfang der 90er als es in Orten wie Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda oder Solingen zu den schlimmsten Pogromen seit Ende des Faschismus an der Macht kam. Dabei wurden Asylsuchende tagelang drangsaliert und ihre Unterkünfte vom wütenden Mob in Brand gesteckt. Die Polizei stand schweigend daneben, während große Teile der Zivilbevölkerung untätig blieben oder Ausschreitungen gar begrüßten. Und auch der Fall des NSU machte deutlich: wenn in der BRD systematisch Migrant*innen ermordet werden hat der Staat wenig Interesse an Aufklärung, wenn er nicht gar selbst beteiligt ist.

Dieses menschenverachtende Handlungsmuster zieht sich bis zum heutigen Tag wie ein roter Faden durch die Geschichte der BRD. Als auf dem Höhepunkt der sogenannten „Flüchtlingskrise“ im Sommer 2015 viele Schutzsuchende in die BRD gekommen waren, kam es – wie bspw. in Freital, Heidenau, Bautzen und Renchen – immer wieder zu Ausschreitungen und Anschlägen auf Geflüchtetenunterkünfte, insgesamt über tausend Mal.

Im August 2018, marschierten Faschisten, darunter auch Teile der AfD, durch Chemnitz. Grund dafür war der Mord an einem jungen Mann, den die Rechten für ihre menschenfeindliche Hetze instrumentalisierten. Folge dessen waren tagelange Pogrome und Hetzjagden in der Chemnitzer Innenstadt. An diesen Tagen wurde deutlich: Die AfD schreckt nicht davor zurück Seite an Seite mit der Identitären Bewegung, Nazi-Hools und anderen faschistischen Gruppierungen und Parteien aufzutreten. Darunter fand sich

auch das Reutlinger Gemeinderatsmitglied Hans-Peter Stauch, AfD. Auch in der Kleinstadt Kandel in Rheinland-Pfalz zeichnet sich ein ähnliches Szenario: nach einem abscheulichen Mord an einem jungen Mädchen durch ihren Freund, finden bis heute, Demos von Rechten bis hin zu faschistischen Gruppen in Kandel statt. Mitbegründern des rechten Frauenbündnis Kandel, ist die baden-württembergische AfD-Landtagsabgeordnete Christina Baum.



Die AfD bildet heute den parlamentarischen Arm einer faschistischen Bewegung in Deutschland, unter deren Deckmantel auch Gruppen und Parteien wie die IB oder der 3. Weg profitieren.

Mit Aussagen von AfD FunktionärInnen versuchen sie die Grenzen des Sagbaren und den Diskurs innerhalb der Gesellschaft nach Rechts zu verschieben und die anderen Parteien vor sich herzutreiben. Die AfD gibt sich gerne als vermeintlich bürgernah und behauptet die Interessen des „kleinen Mannes“ zu vertreten. Das dies mitnichten der Fall ist, zeigt sich bei einem

Blick in das Parteiprogramm. Allgemeine Sozialleistungen sollen abgeschafft und Steuersenkungen, die allein den Wohlhabenden nützen, durchgesetzt werden, Bildung soll nicht länger frei zugänglich sein. Sie nimmt die Rolle als rechte Networking-Partei ein. Sie bildet das Scharnier zwischen faschistischen Schlägern auf der Straße und deren Vordenkern. Hetzjagden wie in Chemnitz, sind ohne die geistige Vorarbeit dieser Partei nicht denkbar.

In Chemnitz hat sich gezeigt, dass sich der Mob im Zweifel auf der Straße zusammenschließt, um seine Ideologie in die Tat umzusetzen und Jagd auf die zu machen, die er für die Sündenböcke hält. Die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübke im Juni 2019 durch den Faschisten Stephan Ernst ist die logische Konsequenz dieser Denkweise ebenso wie der Anschlag von Halle durch Stephan Balliet der verschiedenen Theorien zur „jüdischen Weltverschwörung“ nachhing und dessen

erklärtes Ziel es war möglichst viele Jüd*innen zu ermorden. Eins ist sicher: In der sich seit Jahren verschärfenden gesellschaftlichen Stimmung wird es weiter zu solchen Hetzjagden und weiteren Todesfällen kommen.

Doch was bedeutet das für diejenigen, die sich dem Mob entgegenstellen und versuchen den Rechtsruck aufzuhalten? Der Mob spricht die Sprache der Straße und findet sich dort zusammen, um zur Tat zu schreiten. Für alle anderen heißt das: Wir müssen bereit sein, um die Straßen zu kämpfen. Wir müssen uns organisieren, uns zusammenschließen, denn das haben unsere GegnerInnen längst getan. Noch können wir das tun um gemeinsam zu verhindern, dass sich die Situation weiter verschlimmert. Wir müssen uns bilden, um uns über die wirklichen Ursachen der gesellschaftlichen Probleme bewusst zu werden. Nur so können wir die gesellschaftlichen Verhältnisse so verändern, das ein gutes Leben für alle möglich ist. Dies müssen wir selbstbestimmt tun, denn in der Vergangenheit, war und ist offensichtlich: der bürgerliche Staat wird unseren Kampf gegen Rechts im Zweifel nicht unterstützen. Die rechten Netzwerke in der Bundeswehr (u. A. Hannibal-Komplex) und in der Polizei (u. A. Nordkreuz) die Waffen aus staatlichen Stellen entwenden und sich auf einen Tag X zur Machtübernahme vorbereiten unterstreichen dies einmal mehr.

Deshalb:

Werdet aktiv, schließt euch mit anderen zusammen mit all jenen, die an kein Interesse am Faschismus haben!

Widersprecht rechter Hetze, egal wo: Auf der Straße, bei der Arbeit, in der Schule, in der Uni oder im Verein.

Besucht die offenen antifaschistischen Treffen in eurer Stadt und tretet ein für eine solidarische Gesellschaft!

Kein Vergeben – Kein Vergessen!
Erinnern heißt kämpfen!

